

Aleppo/Syrienkonflikt

Karten neu mischen

Von Jürgen Rahmig

Hieterher sind alle klüger. Dennoch: Die Obama-Administration hatte den Syrienkonflikt nicht ernst genug genommen und die Europäer schwammen in deren Kielwasser. Dabei war schon bald absehbar, dass die sogenannten Rebellen ein wilder Haufen von Gruppen war, die viel Zeit darauf verwendeten, sich gegenseitig zu bekämpfen. Gegen Assads Truppen aber kamen sie nur zentimeterweise voran. Mehrfach gab es die Möglichkeit, mit Moskau und Teheran ins Gespräch zu kommen, auch noch unmittelbar vor dem massiven Eingreifen Putins auf Assads Seite.

Symptomatisch für den Konflikt ist, dass der Abzug der letzten Rebellen und von Zivilisten aus Aleppo nicht wie vorgesehen über die Bühne gegangen ist. Ganz offensichtlich gibt es schon länger Differenzen zwischen Moskau und seinem Schützling Assad sowie mit Teheran als Drittem im Bunde. Es ist eine Zweckgemeinschaft, die auseinanderbricht, wenn Uneinigkeit über die Ziele besteht. Dieser Punkt rückt mit dem Sieg in Aleppo näher. Assad fühlt sich wieder stark, Russland ist enttäuscht, und Teheran sieht seine Interessen nicht mehr gewahrt.

Wie geht es weiter? Werden die Russen heimgehen oder Assad noch helfen, das letzte große, zusammenhängende und von den Rebellen gehaltene Gebiet westlich von Aleppo zurückzuerobern? Oder werden sie zusammen mit der Koalition unter US-Führung die IS-Terrormiliz in Syrien besiegen? Nach dem Fall von Aleppo müssen die Karten wohl neu gemischt werden.

Mitgliederschwund

PKV in der Krise

Von Claus Schöner

Auf der einen Seite die funktionierende, kapitalgedeckte private Krankenversicherung (PKV), die gegen die demografische Entwicklung resistent ist, auf der anderen die maroden, immer teurer werdenden gesetzlichen Krankenkassen (GKV), die mit ihrer Umlagefinanzierung nicht auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet sind. Das war über Jahrzehnte das Mantra der Versicherungsbranche. Lange ging ihre Rechnung tatsächlich auf. Sie konnte jüngere, gut verdienende Versicherte mit attraktiven Tarifen locken, ein Rundum-sorglos-Paket mit hochwertigen medizinischen Leistungen anbieten und überproportional zur Finanzierung des Gesundheitswesens beitragen. Mittlerweile geht es für die PKV ans Eingemachte. In der Folge wird die Versicherung nicht nur teurer, sondern das Leistungsspektrum so eingeschränkt, dass es bisweilen hinter dem der Kassen zurückbleibt. Deshalb flüchten die Versicherten reihenweise aus der PKV. Die Koalition hätte den Versicherern helfen können, indem sie ihr zum Beispiel gestattet, die Prämien in kleinen Schritten anzuheben. Das jedoch ist an der SPD gescheitert, die der PKV ganz den Garaus machen will. Doch damit trifft sie nicht nur Konzerne, sondern auch Beamte oder Selbstständige, die kaum wissen, wie sie über die Runden kommen sollen. Wenn sie die Bürgerversicherung schon nicht kann, lässt sich wenigstens die PKV schädigen, so die perfide Rechnung. Sie dürfte längst nicht allen SPD-Anhängern gefallen.

Pressestimmen

Trump/Tillerson

Nürnberger Nachrichten:

„Was wir da erleben, das ist eine Serie kalkulierter, hoffentlich in ihren Folgen bedachter Tabu-Brüche: Donald Trump scheint entschlossen, auf die Regeln der internationalen Politik zu pfeifen. Ein äußerst gewagtes Experiment, das nicht bloß die USA, sondern die gesamte Welt vor neue Risiken stellen dürfte, siehe die erwartbare Empörung Chinas nach der Annäherung an Taiwan – das erste Vorbeben der noch gar nicht begonnenen Ära

Trump.“

Die Welt (Berlin):

„Trump's Ernennungen sind bisher klare Richtungsentscheidungen gewesen. (...) Wenn Trump nun mit Exxon-Mobil-Chef Rex Tillerson einen Freund Putins zum neuen Außenminister beruft, zeigt dies: Trump sucht die Annäherung an Russland, koste es, was es wolle. Die EU muss nun verhindern, dass Trumps Schmusekurs mit Moskau die Interessen Europas beschädigt.“



Tod und Zerstörung: In den Kurdengebieten der Türkei herrscht Krieg.

Foto: AFP

Auf der Flucht vor Erdogan

Sakine Esen Yilmaz von der türkischen Lehrgewerkschaft im Gespräch

Von Dieter Giese

Karlsruhe – „Ich habe große Sehnsucht nach der Türkei, aber wenn ich mit meinen Freunden zuhause spreche, sagen die zu mir: Sakine, es ist nicht mehr die Türkei, die du verlassen hast.“ In Sakine Esen Yilmaz' Gesicht ist abzulesen, was sie später im Gespräch über die Stimmungslage der Kurden in der Türkei sagen wird: Große Unsicherheit, Hoffnungslosigkeit und auch Verärgerung. „Wir Kurden haben zwar in der Türkei ein Land, aber wir fühlen uns sehr einsam“, sagt die zierliche Frau mit den blonden Haaren.

Sakine Esen Yilmaz ist alevitische Kurdin, wie sie am Rande einer Veranstaltung in Karlsruhe sagt. Das bezeichnet zweierlei: Sie gehört der in der Türkei vorherrschenden Glaubensrichtung an, und sie ist Angehörige einer Minderheit, die in der Türkei des Präsidenten Recep Tayyip Erdogan zunehmend unter Druck gerät.

Sie selbst ist gleich mehrfach unter Druck geraten – als Kurdin, als Gewerkschafterin und als Frauenrechtlerin. Die 39-jährige Lehrerin, die ab dem Jahr 2000 an türkischen Schulen das Fach Türkisch unterrichtet hat, war bis vor kurzem auch Generalsekretärin der türkischen Lehrgewerkschaft „Egitim Sen“, der Schwesterorganisation der deutschen Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Im September ist sie nach Deutschland geflohen. Unter recht abenteuerlichen Umständen. Die Flucht hat sie einiges gekostet, nicht nur in finanzieller Hinsicht – sie hat ihren Helfern rund 16 000 Euro bezahlen müssen.

„Ich habe mir nie vorstellen können, die Türkei zu verlassen. Nicht als meine Heimat, und nicht als Land, in dem ich politisch arbeite“, sagte sie kürzlich in einem Interview. Aber der Druck war einfach zu groß, sagt sie. Denn sie musste – wie viele Gewerkschafter in der Türkei – schon zuvor das Justizvollzugssystem ihrer Heimat nachdrücklich „kennenlernen“: 2009 kam sie für vier Monate zusammen mit 35 Kollegen ins Gefängnis, nachdem sie das Recht auf muttersprachlichen Unterricht auch für die kurdische Bevölkerung gefordert hatten. 2013 wurde sie mit 72 anderen Gewerkschaftern verhaftet, weil sie angeblich eine terroristische Organisation unterstützt haben soll. Zehn Monate dauerte es, bis sie wieder freikam – und dies war wahrscheinlich auch dem internationalen gewerk-



„Ich habe mir nie vorstellen können, die Türkei zu verlassen“: Sakine Esen Yilmaz.

Foto: Giese

schaftlichen Druck zu verdanken. Damals habe das noch funktioniert.

In den zwei Jahren danach – von 2013 bis 2015 – war es relativ entspannt in der Türkei, sagt sie im Gespräch. Es sei die Zeit gewesen, in der man viele politische Probleme offen ansprechen und diskutieren konnte. „Es gab eine gute Atmosphäre“, sagt sie. Alle zusammen, die Türken und die Vertreter der verschiedenen Ethnien im Land, hätten den Wunsch gehabt, ein friedliches Zusammenleben zu schaffen. So schien es jedenfalls. Inzwischen ist sie sich nicht mehr so ganz sicher, ob Erdogan und die AKP den Bruch nicht schon damals geplant hatten.

Ein von langer Hand geplanter Bruch

„In dieser Zeit wurden in den kurdischen Städten die Polizeistationen modernisiert und regelrecht aufgerüstet“, erzählt Esen Yilmaz. Der eigentliche Wendepunkt waren dann die Parlamentswahlen am 7. Juni 2015. Die Kurdenpartei HDP, die auch von vielen Oppositionellen unterstützt worden war, erzielte mit 13 Prozent einen überraschend großen Erfolg. Von da an wurde es ungemütlicher, und schon kurze Zeit später herrschte Krieg in den Kurdengebieten. Die Lage dort sei verzweifelt, die Menschen fürchten täglich um ihr Leben.

Für sie selbst wurde es im April dieses Jahres brenzlich. Ein Urteil gegen sie wurde rechtskräftig. Sie sollte für drei

Jahre und vier Monate ins Gefängnis – unter anderem deshalb, weil sie auf einer Jahre zurückliegenden Pressekonferenz kurdisch gesprochen hatte – und Propaganda für eine terroristische Organisation gemacht haben soll. Bis auf die kurdische Ansprache seien das haltlose Vorwürfe, wie sie betont. Sie kämpfe für politische Veränderungen, für Kinder- und Frauenrechte – und setze auf friedliche Lösungen. Sie wisse, dass Anschläge wie jetzt in Istanbul das Leben der Kurden in der Türkei noch schwerer machen. Sicher, sie sympathisiere mit der Kurdenpartei HDP, Mitglied sei sie gleichwohl nie gewesen – weil Beschäftigte im öffentlichen Dienst der Türkei keiner Partei angehören dürfen. Daran habe sie sich gehalten.

Weil noch drei weitere Gerichtsverfahren gegen die 39-Jährige offen waren und ihr im schlimmsten Fall mehr als 20 Jahre Haft drohten, tauchte sie zunächst in der Türkei unter. Und nach dem gescheiterten Putschversuch am 15. und 16. Juli 2016, der die Situation in der Türkei noch einmal eskalieren ließ, wie sie sagt, trat sie dann die Flucht nach Deutschland an.

In Unna stellte Sakine Esen Yilmaz im September einen Asylantrag. Ihre Anhörung war bereits am 10. Oktober. Auf eine Entscheidung wartet sie allerdings immer noch. Asylanträge von türkischen Staatsbürgern sind – wie es scheint – für deutsche Behörden eine kitschige Angelegenheit. Und sie könnten in den kommenden Monaten zu einem ausgewach-

senen Problem für den deutschen Staat werden: Um die 4 000 Asylanträge sind es allein bis November schon gewesen. Und es gibt wohl eine hohe Dunkelziffer, wie Esen Yilmaz glaubt: Viele geflüchtete Türken sind bei Freunden und Verwandten in Deutschland untergekommen und haben bewusst auf einen Asylantrag verzichtet, der für die Daheimgebliebenen möglicherweise neuen Ärger bringen könnte. Darüber hinaus ist die Anerkennungsquote nicht gerade hoch, und sie sinkt sogar, berichtet die GEW: Im ersten Halbjahr habe sie bei gerade mal 6,7 Prozent gelegen, im Vorjahr waren es noch 14,7. Und für Kurden ist es noch schwieriger: Nur 5,2 Prozent – ungefähr jeder Zwanzigste – würde als Asylbewerber anerkannt.

Sakine Esen Yilmaz erfährt viel Beistand in Deutschland – menschlich wie politisch. Die deutschen Gewerkschaftskollegen kümmern sich um sie, sie konnte inzwischen die Asylunterkunft verlassen und wohnt bei einem GEW-Mitglied. Und die Kollegen unterstützen sie bei ihrem Asylantrag. Ob das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BaMF) sie als politisch Verfolgte anerkennt, ist zwar unklar, aber sie bleibt optimistisch.

Die GEW in Deutschland hat für sie Vortragstermine organisiert – viele Menschen hierzulande wollen wissen, was in der Türkei vorgeht. Und aus diesem Grund hat sie auch in Karlsruhe Station gemacht. So richtig angekommen ist Sakine Esen Yilmaz allerdings noch nicht. Mit einem Ohr und einem Auge ist sie nach wie vor in der Heimat. Es gibt noch viele Fäden in die Türkei. Und jeden Tag gibt es Nachrichten. Leider keine guten. Ihr Mann hat seine Lehrerstelle verloren. Auch sonst rollt die Lehrer-Entlassungswelle weiter. Zehntausende mussten ihre Arbeit aufgeben. Wer unterrichtet überhaupt noch in der Türkei? Bei dieser Frage wird sie dann emotionaler, vielleicht sogar ein wenig zornig. Sie zeigt auf ihrem Smartphone einen Artikel samt Foto aus einer türkischen Regionalzeitung. Auf dem Foto ist eine Schulklasse in ihren schmucken Schuluniformen irgendwo in der Türkei zu sehen. Und jeder Schüler und jede Schülerin winkt fröhlich mit einem Galgenstrick samt dem bekannten Knoten in die Kamera. „Der Lehrer hat das Thema Wiedereinführung der Todesstrafe behandelt und die Kinder dazu basteln lassen“, sagt Sakine Esen Yilmaz. Das macht in der Tat frösteln.

Impressum

Verlag
Badisches Tagblatt GmbH
Postfach 1000 33
76481 Baden-Baden
Stephanienstraße 1–3
76530 Baden-Baden
Telefon 07221 215-0
www.badisches-tagblatt.de
info@badisches-tagblatt.de

Aboservice/Zustellung
Telefon 0 800 600 8 500 (gebührenfrei!)

Geschäftsführer
Eva Ertl, Dr. Dietmar Greiser,
Wolfgang Hoffarth

Chefredakteur
Markus Langer
Stv. Chefredakteurin
Anja Groß

Ressorts
Nachrichten: Anja Groß
Kultur: Christiane Lenhardt
Sport: Frank Ketterer
Journale/Sonderthemen: Michael Brenner

Leiter Lokalredaktionen
Baden-Baden: Harald Holzmann
Bühl: Gerold Hammes
Murgtal: Thomas Senger
Rastatt: Egbert Mauderer

Anzeigenleiter
Stefan Hörig

Private Kleinanzeigen
Telefon 0 800 600 8 600 (gebührenfrei!)

Vertrieb
TOP Presse-Service GmbH, Baden-Baden

Druck
Badisches Druckhaus Baden-Baden GmbH

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 62 vom 1. Januar 2016.
Bezugspreise: Abonnement: 33,60 € / Postbezug: 37,10 €